



Auszug aus dem substantziellen Protokoll 129. Ratssitzung vom 22. Januar 2025

4213. 2024/294

Motion von David Ondraschek (Die Mitte) vom 19.06.2024: Wahl der Schulkreispräsidien in einer gesamtstädtischen Wahl, Revision der Gemeindeordnung (GO)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

David Ondraschek (Die Mitte) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3370/2024): Der Stadtrat soll die Gemeindeordnung (GO) revidieren, sodass die Kreisschulpräsidien gesamtstädtisch gewählt werden. Dabei entscheidet die Zürcher Schulpflege (ZSP) bei ihrer Konstituierung, wer das Präsidium von welchem Schulkreis übernimmt. Die anderen Mitglieder der Kreisschulbehörde, aktuell 24 pro Schulkreis, sollen wie schon heute in ihrem Schulkreis gewählt werden. Eine gesamtstädtische Wahl führt zu einer ausgewogenen parteipolitischen Zusammensetzung. Das stärkt die demokratische Legitimation der ZSP. Weiter entspricht eine gesamtstädtische Wahl der Zuständigkeit für das gesamte Stadtgebiet besser. Was bemängeln wir an der aktuellen Situation? Die Volksschule heisst so, weil Volksvertreter die Schule führen. Diese Volksnähe ist aber nur dann gegeben, wenn sich die wesentlichen bildungsrelevanten Meinungen des Volks in den gewählten Volksvertretern widerspiegeln. Nur auf dieser Basis ist eine integrative Volksschule denkbar. Denn Integration bedeutet immer auch den Einbezug von verschiedenen Perspektiven und zwar unabhängig davon, ob mir die politischen Ansichten dahinter passen oder nicht. Die Kreisschulpräsidien werden durch die einzelnen Parteien und Fraktionen portiert. Aufgrund des aktuellen Wahlverfahrens haben wählerstarke Parteien die Möglichkeit, überproportional viele Sitze in der Schulpflege zu erhalten. So stellt die SP 5 von 7 Kreisschulpräsidien, was über 70 Prozent entspricht – bei einem gesamtstädtischen Wähleranteil von 28 Prozent. Die FDP stellt je nach Berechnung 1 oder 2 Kreisschulpräsidien. Die übrigen Fraktionen, die insgesamt einen Wähleranteil von über 50 Prozent erreichen, stellen 0 Kreisschulpräsidien. Besonders delikater Umstand, dass die SP bei der gesamtstädtischen Schulpflege – die sieben Kreisschulpräsidien und der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements als Schulpräsident – mit 5 Sitzen die absolute Mehrheit hat und somit alle Abstimmungen bestimmen kann. So können abweichende Perspektiven unberücksichtigt bleiben, was dem Gedanken der Volksschule widerspricht und einen konstruktiven Dissens verunmöglicht. Entsprechend braucht es eine Anpassung des Wahlverfahrens, damit die Repräsentation der



unterschiedlichen Werthaltungen sichergestellt werden kann. Alle Parteien, namentlich SVP, FDP, Die Mitte, EVP, GLP, Grüne, SP und AL sollen auf oberster Schulführungsebene mitreden dürfen. Eine alleinige SP-Schulführung ist weder integrativ noch demokratisch und schwächt die Idee einer politisch neutralen Schule, die die künftigen Generationen auf eine vielschichtige Welt vorbereitet. Damit dieser Vorstoss im Kontext der Reorganisation der Schulbehörden der Stadt Zürich umgesetzt werden kann, sind wir bereit, dem Stadtrat zu folgen und die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Ich freue mich, dass wir den Vorstoss als Postulat entgegennehmen dürfen. Seine Geschichte ist bekanntlich lang. Aufgrund einer Motion aus dem Jahr 2018 haben wir unter Einbezug breit gefächerter Parteien und Stakeholder verschiedene Versuche gemacht und geprüft, wie die Schule geführt werden soll. Der entstandene Bericht liegt Ihnen vor. Resultierend daraus erwarten wir immer noch Inputs vonseiten des Parlaments, das die Stossrichtung vorgeben soll. Ein Postulat passt in diese Struktur besser hinein. Letztlich brauchen wir aber ein richtiges Angebot vom Parlament. Uns ist natürlich bewusst, dass die Meinungen stark auseinandergehen. Die verschiedenen Parteien haben völlig andere Vorstellungen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Der umfassende Bericht zur Reorganisation der Schulbehörden liegt seit Mitte des Jahres 2022 vor. Er zeigt mögliche Organisationsmodelle für die Schulbehörden in der Stadt Zürich auf. Der Bericht wurde im Gemeinderat behandelt und soll die Grundlage für eine breite Diskussion sein. Der Ball liegt bei den Fraktionen. Sie können mittels Motionen konkrete Leitplanken für die Reorganisation vorschlagen. Jetzt liegt eine solche Motion vor. Leider beschränkt sie sich auf einen Punkt, nämlich die gesamtstädtische Volkswahl der Präsidien. Sie schlägt also eine Reform vor. Es braucht aber Tiefgreifenderes, damit die Organisations- und Führungsstruktur der städtischen Schule wirklich zukunftsfähig wird. Wir Grünen haben uns mit Grundsatzfragen auseinandergesetzt. Sollen die sieben Schulkreise beibehalten werden? Wir zweifeln an der heutigen Einteilung, vor allem angesichts des Wachstums der Stadt. Wir plädieren für mehr und kleinere Schulkreise, um den Quartierbezug zu stärken. Ausserdem kann so das Problem gelöst werden, dass der Schulkreis Glatttal heute enorm gross ist. Ausgehend von dieser Prämisse stellen sich weitere Fragen. Soll die Personalunion zwischen den Präsidien der Kreisschulbehörden und der gesamtstädtischen Schulpflege beibehalten werden? Braucht es eine Leitung Bildung, die dank ihrem pädagogischen und Führungs-Know-how die Schulleitungen professionell führen und so die Kreisschulpräsidien entlasten könnte? In der Fraktion haben wir mehrmals diskutiert und unsere Haltung weitgehend festgelegt. Die erwähnten Fragestellungen zeigen Optionen auf, die in anderen Städten bereits umgesetzt sind und an denen wir uns orientieren können. Die Motion ist inhaltlich sinnvoll. Demokratiepölitisch ist es konsequent, wenn die Kreisschulpräsidien, also die gesamtstädtische Schulpflege, gesamtstädtisch gewählt wird. Es ist aber nicht sinnvoll, die umfassende Reorganisation der Schulbehörde in kleinen*



Schritten durchzuführen. Jeder Schritt wäre mit viel Aufwand verbunden, da nach der Zustimmung im Gemeinderat eine Änderung der GO und damit eine Volksabstimmung nötig wäre. Die politische Struktur der Volksschule soll in einem Anlauf beschlossen und breit abgestützt werden. Hoffentlich schaffen wir das zum Wohl der Volksschule unserer Stadt. Aus diesen Gründen lehnen wir die Motion ab, unterstützen sie aber als Postulat.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP): Die Grünliberalen lehnen die Motion ab. Wir verstehen zwar, dass der Motionär aus parteipolitischer Sicht nicht nur die SP, die FDP und den Parteilosen in der Verantwortung sehen will. Wir gewichten aber den direkten Bezug zu den spezifischen Herausforderungen jedes einzelnen Schulkreises höher als Politik. Das entspricht unserer Haltung, die wir im Rahmen der Weisung zur Reorganisation vertreten haben. Wir können uns eine dezentrale Struktur vorstellen. Das ist die Variante, die ein Näherrücken von strategischer und operativer Schulführung als sinnvoll erachtet und den Quartierbezug höher gewichtet. Die zentralistische Logik dieses Vorstosses beisst sich mit unserer Vorstellung. Schulbehörden sollten als Bindeglied zwischen Schule, Eltern, Lehrpersonen und Verwaltung fungieren. Darum sollen sie auch von denen gewählt werden, die einigermaßen einschätzen können, ob die gewählten oder wiederzuwählenden Personen ihre Aufgabe gut erfüllen. Wie wir es aber schaffen sollen, die gesamte Reorganisation aufs Mal zu diskutieren, ist mir komplett unklar.

Stefan Urech (SVP): Wir stimmen den Grünen zu. In dieser Thematik sind wir ähnlich unterwegs: Wir wünschen uns einen dezentralen Aufbau der Kreisschulpflege. Wir wünschen uns, dass der Quartierbezug gestärkt wird. Am Zürichberg, in Schwamendingen und bei mir im Limmattal sind nun einmal ganz andere Leute mit anderen Voraussetzungen. Man muss quartierbezogen agieren. Wir sind auch dafür, dass möglichst wenig vom Unterricht durch Leute beeinflusst wird, die weit weg vom Klassenzimmer sind. Die Schulbehörden sollen von der Quartierbevölkerung gewählt werden. Das Problem heute ist, dass Entscheidungen der zentralen Kreisschulpflege alle betreffen. Wir wünschen uns dort mehr Meinungsvielfalt und unterschiedliche Positionen.

Sophie Blaser (AL): Die Situation ist komplex, das stimmt. Tatsächlich stimme ich zu, dass die SP es besser machen könnte als jetzt. Einige Postulate wären nicht nötig, wenn die SP ihre Schulpräsidien auf Linie bringen und sich intern absprechen würde. Die absolute Mehrheit hat sie ja. Die ZSP ist ein undurchsichtiges Gremium. Es gibt nicht-öffentliche Beschlüsse, bei denen ich nicht verstehe, wieso sie nicht öffentlich sind. In gewissen Bereichen ist die ZSP sich einig, in anderen nicht. Manchmal weiss sie nicht einmal, ob sie zuständig ist oder nicht. Es besteht eindeutig Demokratisierungspotenzial. Gesamtstädtische Wahlen sind aber nicht unbedingt die Lösung, da sie die grundlegenden Probleme nicht adressieren. Dafür braucht es wohl oder übel grössere Reformen. Wir lehnen das Postulat ab, sind aber für die Diskussion offen.

Maya Kägi Götz (SP): Die Reorganisation war das Kernanliegen dieses Berichts. Ein Aspekt war eine stärkere demokratische Verankerung. Es ist spannend, darüber nachzudenken, ob das in Teilschritten geschehen kann oder es einen grossen Gesamtwan-



4 / 4

*del braucht. Im Bericht haben wir leider wenige Lösungsansätze gefunden, die sich miteinander vereinen liessen. Vielleicht wäre es am produktivsten, die Diskussion in einer Klausur zu führen und uns ganzheitlich mit der Restrukturierung zu befassen. Wir teilen die Einschätzung, dass unterschiedliche Werthaltungen in die Schulen einfließen sollen. Dem kann man nicht widersprechen. Wir gewichten aber ebenfalls den Quartierbezug höher. Die SP hat sich schon immer auf Bildungspolitik konzentriert. Ob wir perfekte Präsident*innen haben, weiss ich nicht. Aber unsere Gremien machen ihren Job gut, egal ob SP oder nicht. Die SP lehnt die Motion und das Postulat ab.*

Dr. Emanuel Tschannen (FDP): *Die FDP unterstützt das Anliegen grundsätzlich. Wir erkennen strukturellen Reformbedarf. Wir glauben allerdings nicht, dass es mit der alleinigen Betrachtung der Kreisschulbehörden getan ist. Wir würden das Thema gerne gesamthaft diskutieren. Das betrifft sowohl die Grösse als auch die Wahl dieser Behörden. Darum lehnen wir die Motion ab, unterstützen das Anliegen aber als Postulat.*

David Ondraschek (Die Mitte) ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2025/20 (statt Motion GR Nr. 2024/294, Umwandlung) wird mit 59 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat